

Die europäische Staatsräson erzwingt eine Große Koalition

Die EU kann sich ein schwaches Deutschland schlicht nicht leisten. Das ist der entscheidende Grund für die Fortsetzung der schwarz-roten Regierung

Von Klemens Joos

Was verbindet die Themen Grexit, Brexit und Neuwahlen in Deutschland? Sie waren oder sind in aller Munde, doch sie werden nicht in die Tat umgesetzt werden. Die Begründung ist in allen drei Fällen dieselbe: Die komplexen negativen Folgewirkungen würden den zu erwartenden Nutzen übersteigen und wären darüber hinaus nicht beherrschbar. In solch komplexen Situationen ordnet sich die inhaltliche der prozessualen Logik unter.

Zentrales Gegenargument gegen Grexit, Brexit und Neuwahlen ist die Sicherung der Stabilität EU-Europas. Sie erzwingt seit dem Vertrag von Lissabon den Verzicht auf mitgliedstaatliche Abenteuer, wie vor allem die hellenische Krise in beeindruckender Weise gezeigt hat.

Im Sommer 2015 stimmten die Griechen in einem Referendum mit großer Mehrheit gegen das Rettungsprogramm der sogenannten Troika. Sie folgten damit der Empfehlung der Regierung von Ministerpräsident Tsipras. Derselbe Tsipras verkündete unter dem Eindruck der Beratungen innerhalb der Euro-Gruppe nur wenige Tage später ein neues Rettungspro-



Unternehmer mit Weitsicht

Der europäische Unternehmer und Lehrbeauftragte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Klemens Joos (EUTOP/Brüssel), hat in der FOCUS-Ausgabe 46/2015 gegen den allgemeinen Trend, aber zu Recht bereits vorhergesagt, dass die Flüchtlingskrise die EU nicht zerstören, sondern stärken werde. Die Entwicklung dieses Jahres gab ihm Recht. Denn in Frankreich regiert nicht Le Pen, sondern der überzeugte Europäer Macron. Und auch in Den Haag kam nicht Wilders zum Zug. In diesem Gastbeitrag legt sich Klemens Joos fest: Es wird weder einen Brexit noch Neuwahlen in Deutschland geben. Denn die europäische Staatsräson verhindert Abenteuer der EU-Mitgliedsstaaten.

gramm, das nun aber doch weitgehend dem entsprach, was sein Volk gerade abgelehnt hatte.

Ausgerechnet der linke griechische Regierungschef Tsipras setzte sich damit über den Volkswillen hinweg. Umgekehrt nahmen die Gläubiger den Bruch zahlreicher Reformversprechen Athens hin. Beide Seiten standen unter dem beherrschenden Eindruck, dass ein anderes Handeln unabsehbare Gefahren für den Euro und die EU insgesamt haben würde. Mit anderen Worten: Interessen der EU wogen für sie schwerer als nationale Interessen der Mitgliedsstaaten.

Auf etwas andere Weise, aber nicht weniger eindrucksvoll erweist sich die Wirkungsmacht EU-Europas nach dem Brexit-Schock. Wie die meisten hatte ich eine Mehrheit für einen Austritt der Briten aus der EU für ausgeschlossen gehalten – zu offenkundig waren die desaströsen Risiken für Großbritannien, vor allem für das Finanzzentrum London.

Doch heute wissen wir, mit welchem Ausmaß an Fake News und systematischer Meinungsmanipulation in den sozialen Medien das knappe Ja zum Austritt erreicht wurde. In einem seit Jahren verhetzten Klima

beim Thema EU fielen die zum Teil grotesk übertriebenen Behauptungen über die Nachteile des gemeinsamen Marktes und die Vorteile des Brexits bei vielen Briten auf fruchtbaren Boden.

Das Oxford Internet Institute schätzt, dass immerhin rund ein Drittel des Twitter-Aufkommens zum EU-Referendum von Bots generiert wurden, also von künstlichen Twitter-Accounts zur Manipulation von Meinungen und Stimmungen im Netz – ein beunruhigendes Indiz für die Gefahren, die in einer wenig informierten Öffentlichkeit von unserer schönen neuen Datenwelt ausgehen. Und in einem bis dato unbekanntem Ausmaß haben Algorithmen und möglicherweise sogar fremde Geheimdienste den zurückliegenden Präsidentschaftswahlkampf in den USA beeinflusst, ja möglicherweise entschieden.

Doch die EU ist unter dem Druck von Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Brexit und Trumps America-first-Politik nicht auseinandergebrochen. Ganz im Gegenteil wachsen ihr neue Kräfte zu, wie der Ausgang der Wahlen in den Niederlanden oder Frankreich belegen. Man kann sogar von



Deutsch-französische Achse
Frankreichs Premier Emmanuel Macron drängt SPD-Chef Martin Schulz zu einer Großen Koalition

einer Renaissance des Europa-Gedankens sprechen, von einer Immunisierung gegen Neonationalismen.

Ich habe bereits im November 2015 im FOCUS die Prognose gewagt, dass die EU aus der Bewährungsprobe der Flüchtlingskrise gestärkt hervorgehen werde (FOCUS 46/2015). Und so kam es: Als Folge wurden der Grenzschutzagentur Frontex erweiterte Kompetenzen zugesprochen, die Vertiefung der EU wieder ein Stück vorangetrieben. Aus strukturellen und prozessualen Gründen ist nach meiner Überzeugung der Zusammenhalt EU-Europas spätestens mit dem Vertrag von Lissabon 2009 unauflöslich geworden. Seither sind die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich und politisch so eng verflochten, dass ein Austritt nur noch de jure, aber nicht mehr de facto möglich ist.

Ich habe mich bereits vor einem Jahr in einem Interview festgelegt, dass es nicht zu einem Brexit kommen wird. Denn am Ende (März 2019) wird in London niemand die Verantwortung für die immensen Schäden übernehmen wollen; davon bin ich heute mehr denn je überzeugt. Spätestens im Herbst nächsten Jahres werden die Briten vor der Entscheidung

stehen: ausscheiden aus der EU ohne jede vertragliche Absicherung oder Exit vom Brexit. Dafür braucht formal nur der Antrag auf Austritt von London zurückgezogen werden. Die Wirtschaft wird schon im nächsten Frühjahr wissen wollen, wie sich der Brexit gestaltet. Das aber wird ihr die offenkundig überforderte Regierung in London nicht darlegen können, sodass mit einem Exodus von Unternehmen von der Insel zu rechnen ist. Für mich ist daher klar: Die Briten bleiben an Bord.

Ganz aktuell sind die Auswirkungen der weit fortgeschrittenen europäischen Integration auch in Deutschland zu erkennen. Unmittelbar vor dem Scheitern der Jamaika-Gespräche machte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier alle Parteien vorsorglich darauf aufmerksam, dass Neuwahlen als Ausweg aus der Regierungsbildungskrise mit ihm nicht zu machen sein werden. Als ehemaligem Kanzleramtschef und Außenminister ist ihm völlig bewusst, dass sich für die Europäische Union ein lähmender Wahlkampf in Deutschland im ersten Halbjahr 2018 verheerend auswirken würde.

Das ist nach meiner Überzeugung der entscheidende

Grund dafür, dass es weder zu Neuwahlen noch zu einer Minderheitsregierung, sondern zur Fortsetzung der Großen Koalition kommen wird. Der SPD-Vorsitzende und überzeugte Europäer Martin Schulz machte jetzt öffentlich, wie groß der Druck aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten ist, in Berlin eine stabile Regierung zu bilden – allen voran Präsident Macron und Ministerpräsident Tsipras. Und der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn befand kurz und bündig, Deutschland könne sich eine „Regierungsinstabilität“ nicht leisten. Denn: „Seine Rolle in der Welt und in Europa verbietet das.“ Eine starke deutsche Regierung sei unerlässlich für Europas Position in der Welt.

Vor 20 Jahren wäre ein solches Loblied auf ein starkes Deutschland aus Luxemburg nicht denkbar gewesen. Doch in den Hauptstädten unserer Nachbarländer ist die europäische Dimension der deutschen Innenpolitik inzwischen längst anerkannt. Denn im nächsten Jahr stehen wichtige Entscheidungen der EU an, für die es ein handlungsfähiges und berechenbares

Deutschland braucht. Die Brexit-Verhandlungen habe ich schon erwähnt. Nicht minder bedeutend ist die anstehende Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion zum Beispiel durch die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF). Weitreichende Ideen wie die Berufung eines EU-Finanzministers oder die Schaffung eines Budgets für die Euro-Zone liegen auf dem Tisch. Präsident Macron weiß, dass er dafür Berlin braucht. Aber er hat nicht ewig Zeit, wenn das proeuropäische Momentum, das seine Wahl ausgelöst hat, nicht verloren gehen soll.

Aus all dem folgt: Es gibt eine europäische Staatsräson, die zunehmend die der Mitgliedsstaaten überlagert und ablöst. Das ist die Folge aus dem Lissabon-Vertrag von 2009, mit dem die Mitgliedsstaaten einen großen Teil ihrer Souveränität den Institutionen der EU übertragen haben. Wir erleben seither das Entstehen der Vereinigten Staaten von Europa. Diese United States of Europe (USE) sind heute schon eine wirkungsmächtige Realität auch ohne Verfassung. Eine atemberaubende Entwicklung, wenn man bedenkt, wie lange die Schaffung der USA gedauert hat. ■